

schenvernichtungsbefehle willig ausgeführt hatten und sich doch wieder im Staatsdienst befanden. Er hätte sich für die langjährig von Sozialdemokraten bestimmte Hamburger Verwaltung geschämt, als er die einschlägigen Personalakten der Staatsanwaltschaft übergab, schreibt er (S. 126).

Solche Hinweise erinnern daran, daß es wohl weniger die »68er« als die »Flakhelfer«-Generation ist, die der politischen Kultur der Bundesrepublik als politischer Demokratie zu neuem Gesicht verhalf. Sie wuchs in den 1960er Jahren in Positionen hinein, in denen sich etwas bewirken ließ und in denen sie zum allgemeinen Nutzen, aber auch nicht selten mit Risiken für sich selbst anwenden konnte, was sie an demokratischen Prinzipien zu Beginn der 1950er Jahre gelernt hatte. In der politischen (Auto-)Biographie des sich seit 1949 als »links« begreifenden Claus Arndt läßt sich nach- und ablesen, welche manchmal verschlungenen Wege dieses »linke« Engagement ging, das liberalsoziale Demokratie etablieren half.

*Arnold Sywottek, Hamburg*

Edgar Wolfrum, Französische Besatzungspolitik und Deutsche Sozialdemokratie. Politische Neuansätze in der »vergessenen Zone« bis zur Bildung des Südweststaates 1945–1952, Droste Verlag, Düsseldorf 1991, 366 S., geb., 68 DM.

Die Französische Besatzungszone (FBZ) war eine lange von der historischen Forschung »vergessene Zone«; die überwiegend negative zeitgenössische Einschätzung französischer Besatzungspolitik als v. a. vom Revanchedenken geleitete Politik der rücksichtslosen Ausbeutung bestimmte das einseitige Bild. Es fand Eingang in manche Darstellung zur frühen Nachkriegsgeschichte, sofern die Entwicklungen in der »Ausbeutungskolonie« überhaupt thematisiert wurden. Eine differenzierte Bewertung stieß allerdings bis Mitte der 1980er Jahre auch an Grenzen: Seitdem die Akten zur französischen Besatzungspolitik der Zeitgeschichtsforschung zugänglich geworden sind, bemüht sie sich um Überprüfung gängiger »Vorurteile« und gelangt zu teilweise überraschenden Befunden.

Wie Edgar Wolfrum in seiner vergleichenden Studie über das Miteinander deutscher Sozialdemokratie und französischer Besatzung in Südbaden und Württemberg-Hohenzollern nachweisen kann, lief Frankreichs Lösung zur Bannung der deutschen Gefahr nicht einfach auf Hegemonie und Ausbeutung hinaus: »Sicherheit war nur zu erlangen durch einen demokratischen Neuaufbau«. Von dieser Überzeugung ließen sich nicht alle, aber maßgebliche Akteure aus den Reihen der vierten Besatzungsmacht leiten, so Emile Laffon, 1945 bis Ende 1947 Administrateur Général (Generalverwalter) der FBZ. Neben Oberbefehlshaber Pierre Koenig war er verantwortlich für die zivile Verwaltung der Zone, konnte aber die dominante Rolle, die Clay in der US-Zone spielte, nicht behaupten. Laffon, aus der sozialistischen Résistance stammend, hatte schon 1943 ein Konzept vorgelegt, das auf tiefgreifende soziale und demokratische Reformen im besiegten Deutschland und schließlich eine französische Verständigungs- und Integrationspolitik gegenüber dem demokratisch erneuerten Nachbarn hinauslief. Seine Ideen, die er seit 1945 stufenweise zu realisieren versuchte, liefen freilich denen Koenigs diametral zuwider. Als Parteigänger de Gaulles verfolgte Koenig eine restriktive Deutschland- und Besatzungspolitik und bemühte sich, diese durch die Errichtung eines eigenen Militärregierungsapparates gegen Laffon durchzusetzen. Der damit auch institutionell manifeste Dualismus in den Reihen der französischen Besatzer führte in der Praxis zu höchst widersprüchlichen Entscheidungen und lokal und regional unterschiedlichen Entwicklungen, die jedoch in beträchtlichem Ausmaß auf die den besetzten Gebieten je eigenen politischen Traditionen zurückzuführen sind.

Deshalb ist der methodische Ansatz Wolfrums, die Vorgänge in der FBZ länderverglei-

chend und partiell unter Einbeziehung auch lokalen Geschehens aufzuzeigen, besonders ergiebig. Es gelingt ihm, besatzungspolitische Anstrengungen transparent zu machen, die auf einen »dritten Weg zwischen Ost und West hinausliefen« und die dem demokratischen Potential der deutschen Arbeiterbewegung eine Schlüsselrolle zumaßen. Daß dieses Ziel letztlich scheiterte und die Chance grundlegender struktureller Reformen verpaßt wurde, war neben den globalen Entwicklungen angesichts der Schwäche der sozialdemokratischen Parteien in der FBZ nicht zuletzt deutschen Widerständen zuzuschreiben. Wollten Laffon und seine Mitstreiter ihre Demokratisierungsanstrengungen nicht durch Diktate gegen den deutschen Mehrheitswillen unglaublich machen, so blieb ihnen nichts übrig, als die Vorstellungen der eher reformunwilligen deutschen Majorität zu respektieren.

Wolfrum verfolgt den komplexen Prozeß deutsch-französischer Interaktion auf einer breiten Basis der zugänglichen französischen und deutschen Quellen. Ausgehend vom politischen Auftakt 1945, in dem zwar deutsche Parteien noch nicht zugelassen waren, aber – was bisher nicht bekannt war – die sogenannten Antifa-Gruppen mit französischer Unterstützung sehr viel aktiver werden konnten, als in allen übrigen Zonen, beschreibt er den Neubeginn der Sozialdemokratie. Gefördert gerade durch die von den Franzosen auferlegte Isolation der Zone und ihrer einzelnen Länder versuchten die Sozialdemokraten hinter dem »Seidenen Vorhang« eigenwillige Wege zu beschreiten. In Baden führte die mit der politischen Quarantäne einhergehende Befreiung von Hannoverscher Bevormundung zu dem in den westlichen Besatzungszonen einzigartigen Versuch der Einigung der Arbeiterbewegung in einer Sozialistischen Partei, der allerdings noch 1946 scheiterte. Auch die Sozialdemokraten in Württemberg-Hohenzollern verfolgten Ziele, die wenig mit der Linie der Gesamtpartei konform gingen. Ähnlich wie Hoegners SPD in Bayern bemühten sie sich – nicht zuletzt unter dem Einfluß Carlo Schmid – um die Schaffung einer Volks- und Staatspartei, ein zukunftsträchtiges Konzept, auf das die Bundespartei erst Jahre später setzte.

Am Beispiel zentraler Reformfelder (Verfassunggebung, Entnazifizierung, Neuordnung der Wirtschaft u. a.) geht Wolfrum dann der Frage nach, inwieweit Strukturveränderungen bzw. ihre Unterlassung in beiden Ländern französischer oder deutscher Politik zuzuschreiben waren. Hier zeigt sich eindrucksvoll die starke Affinität sozialdemokratischer Neuordnungsvorstellungen mit den Zielen des reformorientierten Flügels der Besatzungsmacht. Es erweisen sich aber auch die Grenzen ihrer Möglichkeiten: Im deutschen Lager stießen die Vorstellungen der Sozialdemokraten auf Widerstände der übrigen Parteien oder scheiterten an eigenen Bedenken: Manche der von der Besatzungsmacht gebotenen Chancen, z. B. die zur Vergesellschaftung von Unternehmen im Zuge der Entnazifizierung, wurden aus pragmatischen Überlegungen und/oder »Legitimitätsskrupeln« nicht genutzt. Auf der französischen Seite war es der interne Dualismus, der grundlegenden Reformen abträglich war: Von einer einheitlichen Besatzungspolitik konnte nicht die Rede sein, vielmehr boten die Franzosen ein Erscheinungsbild, das an »patch-work« erinnerte. Zunehmend kamen auch interalliierte Einigungszwänge zur Geltung. Seit der Jahreswende 1947/48 hielten die unter französischer Besatzung dennoch entwickelten Neuansätze dem Anpassungsdruck nicht mehr stand. »Der schwächsten und kleinsten der drei westlichen Zonen blieb am Ende nur noch ein Anschluß an die Bizone und die Übernahme der dort vollzogenen Weichenstellungen.«

Die flüssig formulierte Studie zeigt eine unbekannt Vielfalt solcher Neuordnungsansätze. Die differenzierte Darstellung (einzelne Thesen wären freilich diskutabel) korrigiert das eindimensionale Bild von der »Ausbeutungsmacht«, ohne ihr negatives Wirken auszulassen. Das Wissen um die prägende Vorgeschichte der Bundesrepublik wird durch die Kenntnis der Geschichte ihrer einzelnen Länder entscheidend bereichert; Wolfrums Studie ist ein eindrucksvoller Beleg hierfür.

*Barbara Fait, Köln*